

Der Preis der Ungleichheit

Von **Joseph E. Stiglitz**

Die Vereinigten Staaten sehen sich selbst gern als Land der unbegrenzten Möglichkeiten, und andere sehen sie in einem ganz ähnlichen Licht. Doch obwohl wir uns alle an Beispiele erinnern können, in denen es Amerikaner allein ganz nach oben geschafft haben – was wirklich zählt, ist die Statistik: In welchem Umfang sind die Lebenschancen eines Menschen vom Einkommen und der Bildung seiner Eltern abhängig?

Heutzutage entlarven diese Zahlen, den amerikanischen Traum als Mythos. In den USA herrscht heute weniger Chancengleichheit als in Europa – oder sogar in jedem anderen hochentwickelten Industrieland, für das entsprechende Zahlen vorliegen.

Dies ist einer der Gründe, warum Amerika unter allen hochentwickelten Ländern das höchste Maß an Ungleichheit aufweist – und die Kluft zu den Übrigen wird immer größer. Während der „Erholung“ der Jahre 2009 bis 2010 entfielen auf das eine Prozent der US-Amerikaner mit dem höchsten Einkommen 93 Prozent der Einkommenszuwächse. Andere Indikatoren für Ungleichheit – wie Vermögen, Gesundheit und Lebenserwartung – sind genauso schlecht oder sogar noch schlechter. Kurzum: Der Trend geht klar zur Konzentration von Einkommen und Vermögen an der Spitze der Gesellschaft bei gleichzeitiger Aushöhlung der Mitte und zunehmender Armut im unteren Teil.

Es wäre eine Sache, wenn die hohen Einkommen derer an der Spitze das Ergebnis ihrer größeren Leistungen für die Gesellschaft wären, doch die Große Rezession zeigt das Gegenteil: Selbst Banker, die die Weltwirtschaft – und auch ihre eigenen Firmen – an den Rande des Ruins geführt hatten, erhielten überdurchschnittliche Boni.

Sieht man sich „die da oben“ genauer an, zeigt sich die zentrale Bedeutung der Jagd nach Rendite – das sogenannte *Rent Seeking*: Manche häufen ihr Vermögen an, indem sie ihre Monopolmacht ausüben; andere sind Geschäftsführer, die Mängel der Unternehmensführung nutzen, um sich selbst einen überhöhten Anteil an den Erträgen zu sichern; und wieder andere lassen ihre politischen Beziehungen spielen, um von der Freigiebigkeit des Staates zu profitieren – entweder indem sie überzogene Preise für vom Staat angekaufte Güter, wie zum Beispiel Medikamente, verlangen oder indem sie extrem niedrige Preise für das, was der Staat verkauft, wie beispielsweise Rechte an Bodenschätzen, bezahlen.

Zugleich beruht ein Teil des Vermögens jener im Finanzwesen auf der Ausbeutung der Armen durch unlautere Kredite und missbräuchliche Kreditkartenpraktiken. Die ganz oben bereichern sich in diesen Fällen unmittelbar auf Kosten derer ganz unten.

All das wäre vielleicht nicht so schlimm, wenn an der sogenannten *Trickle-down-Theorie* – der hübschen Vorstellung, dass, wenn man die ganz oben reicher macht, alle davon profitieren – zumindest ein Quäntchen Wahrheit wäre. Doch den meisten Amerikanern geht es heute schlechter als 1997, also vor anderthalb Jahrzehnten; ihre inflationsbereinigten Realeinkommen sind heute niedriger als damals. Alle Früchte des Wirtschaftswachstums ernten die Reichen.

Die Verteidiger der Ungleichheit in Amerika argumentieren, dass sich die Armen und die Mittelschicht nicht beschweren sollten. Es sei zwar möglich, dass ihr Anteil am Kuchen kleiner ist als in der Vergangenheit, doch wüchse der Kuchen dank der Beiträge der Reichen

und Superreichen derart an, dass ihr Stück absolut gesehen größer sei. Auch dies lässt sich durch die Fakten klar widerlegen. Tatsächlich ist Amerika in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg schneller gewachsen als seit 1980, als seine einzelnen Teile begannen, sich auseinanderzuentwickeln.

Dies sollte niemanden überraschen, der mit den Ursachen der Ungleichheit vertraut ist. *Rent Seeking* führt zu Verzerrungen innerhalb der Volkswirtschaft. Natürlich spielen die Marktkräfte ebenfalls eine Rolle, aber Märkte werden durch die Politik gestaltet; und in Amerika mit seinem quasi-korrupten System der Wahlkampffinanzierung und seinen fliegenden Wechseln zwischen Regierung und Industrie wird die Politik durch das Geld bestimmt.

So bereichert etwa ein Konkursgesetz, das Derivate gegenüber allem anderen privilegiert, aber die Löschung eines Studentenkredits nicht zulässt – egal, wie unzureichend die erhaltene Bildung auch sein mag – die Banker und stürzt viele am unteren Ende der Gesellschaft in die Armut. In einem Land, wo das Geld über die Demokratie triumphiert, sind derartige Gesetze inzwischen vorhersehbar häufig. Doch die wachsende Ungleichheit ist kein Naturgesetz. Es gibt Marktwirtschaften, in denen die Entwicklung besser verläuft, und zwar sowohl was das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts als auch was den steigenden Lebensstandard der meisten Bürgerinnen und Bürger angeht. In manchen nimmt die Ungleichheit sogar ab.

Die Vereinigten Staaten zahlen einen hohen Preis dafür, dass sie sich weiter in die gegenteilige Richtung entwickeln. Ungleichheit führt zu weniger Wachstum und Effizienz. Der Mangel an Chancen hat zur Folge, dass Amerikas wertvollster Schatz – seine Menschen – sich nicht optimal entfalten können. Viele am unteren Ende der Gesellschaft oder sogar in der Mittelschicht schöpfen ihr Potential nicht aus, weil die Reichen,

die kaum öffentlicher Dienstleistungen bedürfen und Angst haben, dass eine starke Regierung eine Einkommensumverteilung bewirken könnte, ihren politischen Einfluss nutzen, um die Steuern zu senken und die Staatsausgaben zurückzufahren. Die Folge sind zu geringe Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Technologie, was wiederum die Motoren des Wachstums hemmt.

Die Große Rezession hat die Ungleichheit noch verschärft, grundlegende Sozialausgaben wurden zurückgestutzt, und die hohe Arbeitslosigkeit setzt die Löhne unter Druck. Zudem haben sowohl die Expertenkommission zur Reform des internationalen Währungs- und Finanzsystems der UNO, die die Ursachen der Großen Rezession untersucht hat, als auch der Internationale Währungsfonds gewarnt, dass Ungleichheit zu wirtschaftlicher Instabilität führt.

Vor allem aber untergräbt die Ungleichheit in den USA die Werte und die Identität des Landes. Angesichts des extremen Ausmaßes, das sie inzwischen erreicht hat, überrascht es nicht, dass ihre Auswirkungen in jeder öffentlichen Entscheidung zum Ausdruck kommen – von der Gestaltung der Geldpolitik bis hin zur Zuweisung von Haushaltsmitteln. Amerika hat sich zu einem Land entwickelt, in dem nicht „Gerechtigkeit für alle“ herrscht, sondern eine Begünstigung der Reichen und Gerechtigkeit für diejenigen, die sie sich leisten können. Das wurde besonders deutlich während der Zwangsvollstreckungskrise: Die Großbanken glaubten, dass sie nicht nur zu groß seien, als dass man sie würde untergehen lassen, sondern auch, dass sie zu groß seien, um sie zur Rechenschaft zu ziehen.

Amerika ist nicht länger das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, das es einst war. Aber das muss nicht so bleiben: Es ist noch nicht zu spät, den amerikanischen Traum wieder zu beleben.

© Project Syndicate (Übersetzung: Jan Doolan)